



19.04.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Termin für Europawahl 2019 steht

Das Parlament hat diese Woche den Termin für die nächste Europawahl bestätigt und grünes Licht für den Plenartagungsplaner 2019 gegeben (die Sitzungstermine können Sie [hier](#) herunterladen). Die Wahl wird vom 23.-26. Mai stattfinden, Wahltag in Deutschland wird also **Sonntag, der 26.05.2019** sein.

Französischer Präsident zu Gast

Großer Bahnhof am vergangenen Dienstag für Emmanuel Macron in Straßburg: Während seines Besuchs im Rahmen der Debatte zur Zukunft Europas erläuterte der französische Staatspräsident uns seine Ideen und Vorschläge zur „Wiedergeburt“ des Kontinents, die von der Reform der Eurozone über die Flüchtlings- und Verteidigungspolitik bis zu transnationalen Wahllisten reichten. Macron plädierte dabei für eine „neu erfundene“, ergänzende europäische Souveränität vor dem Hintergrund der Tendenzen zur nationalen Abschottung und hob die Rolle des Europäischen Parlaments hervor als des Ortes, an dem die „Zukunft Europas entsteht“. Länderübergreifende Wahllisten halten wir für nicht sinnvoll, da wir wollen, dass das Europaparlament so bürger-nah wie möglich bleibt. Aus demselben Grund fordern wir die Beibehaltung der europäischen Spitzenkandidaten, denen Macron bislang ablehnend gegenübersteht. Für uns ist wichtig, dass Europa dort handelt, wo wir nur gemeinsam Herausforderungen bewältigen können, wie etwa beim Schutz

der Außengrenzen, der Bekämpfung des Terrorismus und der Gestaltung des Welt-handels.

Haushaltentlastung 2016

Die Fehlerquote bei der Ausführung des EU-Haushalts im Jahr 2016 ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken, aber sie liegt bei den gemeinsamen mit den Mitgliedstaaten verwalteten Programmen, d. h. insbesondere im Bereich der Kohäsionspolitik, weiterhin über der „Wesentlichkeitsschwelle“ von 2 % – so die Hauptidee aus den Berichten zur Haushaltentlastung für das vorvergangene Jahr, die der Haushaltskontrollausschuss diese Woche dem Plenum vorgelegt hat. Im Bereich der Agrarpolitik stellen wir fest, dass das „Greening“ und die Maßnahmen zur Förderung von Junglandwirten die gesetzten Ziele nicht erreichen. Dies hatte der Europäische Rechnungshof in seinen Prüfberichten bemängelt. Wir fordern, dass die Umsetzung der Programme im Bereich Regionalpolitik deutlich beschleunigt werden muss. Auch beim Europäischen Gerichtshof sehen wir Potenzial für schnellere und effizientere interne Abläufe, damit in Zukunft die Dauer von Gerichtsverfahren verkürzt wird.

Umsetzung UN-Klimaabkommen

Die EU hat ihr Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Ziele des UN-Klimaabkommens von Paris in trockenen Tüchern. Wir haben zwei neue Instrumente verabschiedet: Für die Sektoren, die nicht unter das Emissionshandelssystem für Industrie und Luftverkehr fallen, wird es künftig nationale Klimaschutzziele nach einem System der fairen Lastenteilung geben. Für Deutschland gilt demnach

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim

im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · [facebook.com/inge.graessle](https://www.facebook.com/inge.graessle) · [Twitter: @inge_graessle](https://twitter.com/inge_graessle)



ein Einsparziel für 2030 von 38 % gegenüber 2005. Für Flexibilität sorgt dabei, dass ein gewisser Ausgleich zwischen den Mitgliedstaaten und Überträge zwischen den Jahren möglich sind. Für den Gebäudesektor, dem europaweit etwa 40 % des Energieverbrauchs zugerechnet werden, ist eine Langzeitstrategie für energetische Sanierungen bis 2050 vorgesehen. Die Mitgliedstaaten sollen dabei selbst entscheiden, welche Maßnahmen sie ergreifen. Thermostatventile, in Deutschland längst Standard, werden künftig EU-weit Pflicht. Für Neubauten müssen bei Stellplätzen anteilig Ladestationen für E-Autos installiert oder zumindest vorverkabelt werden. Die von Sozialdemokraten und Grünen zunächst geforderten starren Sanierungsquoten für öffentliche Gebäude, die große Löcher in die Haushalte der Städte und Gemeinden gerissen hätten, konnten wir verhindern.

Personalpolitik unter der Lupe

Für viel Wirbel in Brüsseler Kreisen gesorgt hat die Ernennung des deutschen EU-Beamten Martin Selmayr, bisher Kabinettschef von Kommissionspräsident Juncker, zum Generalsekretär der EU-Kommission. Dem Haushaltskontrollausschuss ist es unter meiner Leitung gelungen, eine ausgewogen formulierte Resolution zur „Integritätspolitik der Kommission“ zu erarbeiten, die jetzt im Plenum eine breite Mehrheit gefunden hat. Darin fordern wir die Kommission auf, ihre internen Regelungen zu überarbeiten und die Verfahren für die Besetzung von Führungspositionen so zu gestalten, dass Transparenz, Fairness und Chancengleichheit sichergestellt sind. Gleichzeitig stellen wir fest,

dass es für ein Widerruf der Ernennung keine rechtliche Grundlage gibt.

Mehr Recycling in der EU

Und nochmals Umweltschutz: Ebenfalls verabschiedet haben wir diese Woche das Gesetzgebungspaket zur Kreislaufwirtschaft, kurz „Abfallpaket“. Geregelt werden darin unter anderem der Umgang mit Verpackungsabfall, die Deponierung von Siedlungsabfall und die Entsorgung von Altfahrzeugen, Batterien und Elektrogeräten. Ziel ist, künftig möglichst viele Rohstoffe im Kreislauf zu halten, indem wir die Deponierung herunterfahren und die Recycling-Quoten erhöhen. Beim Recycling haben wir in Zukunft erstmals einheitliche Definitionen und Berechnungsmethoden, damit man Erfolge auch wirklich messen und vergleichen kann. Für Handwerksbetriebe haben wir praxisgerechte Lösungen gefunden – so muss beispielsweise der Heizungsbauer den Abtransport von gefährlichen Substanzen in geringen Mengen nicht extra dokumentieren. Deutschland hat sich übrigens in seinem neuen nationalen Verpackungsgesetz im Vergleich zu den EU-Standards noch höhere Ziele beim Verpackungsrecycling gesetzt. Die neuen EU-Regeln werden nun dafür sorgen, dass auch die anderen Mitgliedstaaten in diesem Bereich aufholen.

Besuch aus der Heimat

Auch diese Woche konnte ich mich über den Besuch von gleich vier Gruppen freuen: das Diakonische Werk Heidenheim, das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium aus Wertheim, das Schubart-Gymnasium aus Aalen und die Realschule Boxberg. Schön, dass Sie da waren!

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle